

### Fiese Tricks von Polizei und Justiz ? Prozesse in Hannover !

“Ich möchte, dass Herr Kleffel verurteilt wird !” So tönte “vorlaut” Staatsanwalt Klages am 11.06.07 in der 1. Verhandlung um das Mikrofonverbot gegen Kurt Kleffel. Die Vorsitzende Richterin Antje Busch rüffelte und belehrte unverzüglich den Herrn Staatsanwalt, wies darauf hin, dass ein Staatsanwalt durchaus entsprechende Anträge stellen könne, jedoch sie als die Richterin in diesem Prozess urteilen würde. **Ihr Urteil: Einstellung des Verfahrens, da von dem Herrn Staatsanwalt keine Rechtsgrundlage für eine Beschränkung des Mikrofon- bzw. Lautsprecher-Einsatzes mit mindestens 50 Teilnehmern nachgewiesen wurde.** Zweiter Prozess im Zusammenhang mit dem Mikrofonverbot, ebenfalls, angestrengt und eingeleitet von dem Herrn Staatsanwalt Klages, traf beim Vorsitzenden Richter Wöltje schon eher auf eine gleiche Gesinnungshaltung, die Montagsdemonstranten abzustrafen. Am 03.12.07 wurde der Pressefotograf F. gleich zu Prozessbeginn vom Amtsrichter Wöltje “in die Zange genommen”, durfte nur noch zwischen “Wenig” oder Mehr an Strafe wählen. Die Verurteilung eine beschlossene Sache ? Zeugen wurden nicht angehört. Der Delinquent nahm in dieser Situation den Deal “Wenig statt Mehr” mit einer 400€ Buße, Spende an ai, amnesty international an. **“Ruhe und Ordnung” war für Justitia**



**wiederhergestellt ?** Das Mittagessen konnte rechtzeitig eingenommen werden, die wohlmöglich entlastenden Zeugenaussagen einfach nicht angehört. Am 11.12.07 ließ der selbe Vorsitzende Amtsrichter Wöltje schon nach Einlass in den Gerichtssaal keinen Zweifel daran, dass nur er das personifizierte Recht darstellt, dass er im Gegensatz zur Verhandlungsführung von Frau Richterin Busch keinen Kommentar von Zuhörern wünsche. Er drohte vorbeugend den Zuschauern der öffentlichen Sitzung Ordnungsstrafen an, versicherte auch,

Zuhörer umgehend entfernen zu lassen. Im Verlauf der Zeugenanhörungen, alles “geladene Gäste der Anklage” stellte sich heraus, dass niemand der beteiligten Polizeibeamten den Angeklagten M. bei der ihm vorgeworfenen Straftat, Schlagen und Treten eines Beamten, einwandfrei zuordnen konnte. “Der Beschuldigte wurde doch festgenommen und zur Wache verbracht - folglich ist er als Täter zu verurteilen ?” **Verurteilung aufgrund der Eintragung in dem polizeilichen Formblatt zur freiheitsentziehenden Maßnahme ?** So ganz sicher war sich der Vorsitzende nicht mehr. **“in dubio pro reo ?” - Im Zweifel für den Angeklagten ?** Der Richter bat die beteiligten Juristen zu einer Unterredung ins Hinterzimmer. Heraus kamen sie mit einem Deal zu einer Einstellung des Verfahrens, dass bei Annahme durch die Beschuldigten juristisch eine Anerkenntnis ihres “Verbrechens” bedeutet. Die im Prozess Mitangeklagte, lediglich als Zaungast der Montagsdemo “mitgefangen”, gab entnervt auf, entschloss sich zu dieser abverlangten Notlüge und Erniedrigung, indem sie mit einer Entschuldigung zugestand, in der Aufregung des Geschehens vom 05.02.07 den Beamten berührt/geschlagen zu haben. **300€ an ai, Prozesskosten, und Erniedrigung, ein hoher Preis. Falschaussage salonfähig ?** mehr auf Seite 5

<p>Einführung</p> <p><b>"Sozial-Ticket"</b></p> <p>zum GVH-Fahrplanwechsel</p> <p>für Busse &amp; Bahnen Winter 2008</p> <p>siehe Seite 2</p>	<p>Armutszeugnis zu Hartz-IV-Reform</p> <p><b>DIW bestätigt Verarmung</b></p> <p>Mittlerweile urteilte auch das BVerG</p> <p>Hartz-Reform ist verfassungswidrig</p> <p>siehe Seite 3</p>	<p>Prozess-Fortsetzungs-Termin</p> <p><b>"Offenes Mikrofon"</b></p> <p>Amtsgericht Hannover,</p> <p>07.01.2008, 09.00 Uhr, Saal 2292</p> <p>siehe Seite 5</p>
---	--	---

**Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?** Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

**@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010**

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

**MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !**

[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) - [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)



## CDU und FDP will kein Sozialtarif, Dortmund beschließt 15,- Euro.

Erneut Widerstand der in der Region Hannover vertretenen Abgeordneten von CDU und FDP.

**“Konservative” und “Neoliberale” benötigen kein Sozialticket ?**

@lptraum hatte in den vergangenen Jahren mehrfach Hinweis auf die Regions-Mitarbeiter-Zeitung “teamtime” gegeben, in der “Überlebens-Tipps” zu **üstra**-Fahrkarten-Ausgabe bis Fahrzeuganforderung mit oder ohne Chauffeur abgedruckt waren. **Mobilität für gut bezahlte Staatsdiener, “Schusters Rappen” für Bedürftige ?** Das von den Gegnern einer Mobilität für Geringverdiener (CDU/FDP) immer wieder angeführte Argument, “es gäbe bereits einen Hannover-Pass, dieser würde von den Betroffenen nicht genutzt”, ist nicht nur von @lptraum hinreichend entkräftet worden, selbst die eher konservative Hannoversche Presse hat mehrfach die Unzulänglichkeiten und das schwierige Verfahren zur Ausgabe des Hannover-Pass dargelegt. Ob augenblickliche Wahlkampfaktik von Rot/Grün vorrangig für die Vergabe von Sozialtickets eine Rolle spielt ? Für Betroffene egal. Hier spielt es eine große Rolle, durch den Kauf einer bezahlbaren Monatskarte oder durch Kauf von ermäßigten Einzelfahrscheinen im Rahmen des im Regelsatz enthaltenen Betrages für Mobilität diese auch erhalten zu können. **Asphalt**, das soziale Straßenmagazin, in Hannover wird sich in der Januar-

Ausgabe auch dem Thema Sozialticket und Schwarzfahren widmen, hat in den Reihen der Asphalt-StraßenverkäuferInnen genügend “Erfahrungen” von Betroffenen, die wegen Schwarzfahren “einsaßen” bzw. derzeit noch in verschiedenen JVA's einsitzen. Der Steuerzahler finanziert diese JVA-Zwangsaufenthalte mit 93,- Euro pro Tag und Person.

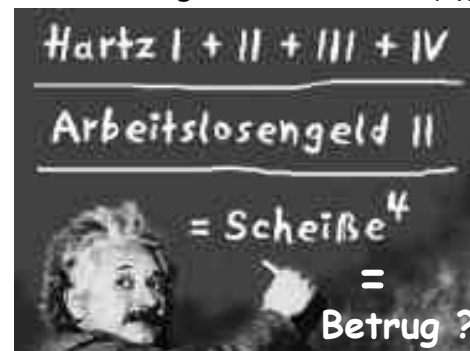
Das **“Sozialbündnis Hannover”**, @lptraum ist darin eingebunden, fordert mit Unterschriftenlisten und Aktionen weiterhin, bei der Kostenfestsetzung eines versprochenen Sozialtarifes nicht wesentlich vom Mobilitäts-Anteil 14,06€ des Regelsatz abzuweichen, 15,-€ seien bezahlbar, könnte viele der Betroffene vom Schwarzfahren abhalten.

**Der Rat der Stadt Dortmund hat am 13.12.2007 die Einführung eines 15-Euro-Sozialticket für Bus und Bahn beschlossen. Dieser erfreuliche, an der Realität orientierte Beschluss von Rot/Grün in Dortmund erlangt dort bereits im Februar 2008 Geltung.**

Damit nimmt Dortmund im Vergleich mit anderen Städten bezüglich Sozialtickets einen Spitzenplatz ein, Braunschweig steht mit 12,-Euro auch ganz gut da. In Hannover gilt seit dem 18.12.07 die Einführung eines Sozialtickets (gegen den Widerstand der CDU und FDP) als “beschlossene Sache”, jedoch lässt sich die Region noch sehr viel Zeit mit der Realisierung: “spätestens zum Fahrplanwechsel Ende 2008”.

Da derzeit ein Prüfauftrag zur Höhe der Kosten und somit zum Preis der Tickets noch nicht veröffentlicht ist, bleibt es spannend, ob auch etwas Gutes, etwas Bezahlbares im Sinne der Berechtigten herauskommt. Die **üstra** bzw. GVH ist schon seit Monaten positiv umgeschwenkt: Pressesprecher Udo Iwanek äußerte bereits mehrfach, dass die **üstra** sehr wohl an einer Regelung zu einem Sozialtarif interessiert sei.

@lptraum sowie Aktive verschiedener Erwerbsloseninitiativen vermerken erfreut, dass Engagement und Durchhaltevermögen mit geeigneten Sozialpartnern wie KDA, ver.di bzw. DGB durchaus zu politischen Erfolgen führen kann. **Hannover begrüßt Dortmund !** (Alp)



**@lbert Einstein im Januar:**

*“Das Geld zieht nur den Eigennutz an und verführt stets unwiderstehlich zum Missbrauch.”*

**(Albert Einstein 1879-1955)**

**Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines **SozialTicket**s für Hannover ein:**

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserverslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis “Recht auf Mobilität” Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe “Agenda-2010-kippen”, Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative “Offenes Mikrofon” Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

**Kontakt: **SozialTicket**-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.**

**“ALP-Traum” ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe “Agenda 2010 kippen” Hannover**

**Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31**

**@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361**

**Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover**

**[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org), Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)**

**@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung**

**Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusage von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

**Das **SozialTicket** kommt zum **GVH-Fahrplanwechsel Winter 2008****



## Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

**Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !**  
 Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !

## @lptraum + DIW-Studie: Ein Armutszeugnis für Hartz-IV-Reform

Eine DIW-Studie belegt, was die rot-grüne Regierung immer geleugnet hat: Hartz IV führt zu Verarmung. Lebte vor der Reform die Hälfte der Leistungsempfänger unter der Armutsgrenze, sind es jetzt zwei Drittel. Ostdeutsche trifft es besonders hart

Die Hartz-IV-Reformen haben viele Arme noch ärmer gemacht. Das ergibt eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die in Berlin vorgestellt wurde. Lebten vor der Reform rund die Hälfte der Leistungsempfänger unter der Armutsgrenze - so sind es inzwischen zwei Drittel.

Was die DIW-Studie so besonders macht: **Erstmals wird untersucht, was die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab 2005 für einzelne Gruppen bedeutet.** Dabei stellte sich heraus, dass die Reform vor allem die Haushalte ohne minderjährige Kinder belastet hat. Alleinerziehende hingegen schneiden vergleichsweise gut ab. In der Summe ergibt sich, dass mehr als die Hälfte aller Leistungsempfänger Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Nur ein Drittel wurde besser gestellt. **"Insgesamt fielen die Verluste jedoch höher aus als die Gewinne", bilanziert die Studie.**

Die Betroffenen haben schon immer gewusst, dass die Hartz-Reformen reale Kürzungen bedeuten. Doch seitens der Regierung wurde dies lange beharrlich

geleugnet. Ein geradezu absurder Höhepunkt wurde erreicht, als der ehemalige Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) im Herbst 2005 in einer 33-seitigen Broschüre den Langzeitarbeitslosen pauschal vorwarf, viele von ihnen seien Sozialschmarotzer und würden die "Melkkuh Sozialstaat" ausplündern. Auch der ehemalige SPD-Chef Franz Müntefering und Kanzlerin Angela Merkel schlossen sich damals dieser Einschätzung an.

Die nüchternen Zahlen für 2005 lesen sich anders. Das DIW hat sie mit Hilfe des Sozioökonomischen Panels erhoben, das in einer repräsentativen Langzeituntersuchung 12.000 Haushalte begleitet. Einkommensverluste mussten vor allem die Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland hinnehmen: 2005 stand dort einer Person in einem ALG-II-Haushalt nur noch 8.840 Euro zur Verfügung - vor der Reform 2004 waren es noch 10.390 Euro gewesen. Die ostdeutschen Haushalte waren so stark betroffen, weil dort mehr Frauen arbeiten und daher häufiger das Erwerbseinkommen des Partners angerechnet werden konnte. Kürzungen mussten auch die Sozialhilfeempfänger hinnehmen, zu denen seit 2005 nur noch jene Hilfsbedürftigen zählen, die nicht erwerbsfähig sind. Für Gesamtdeutschland gilt, dass ihr mittleres Einkommen von rund 9.240 Euro 2004 auf 7.170 Euro im Jahr 2005

gesunken ist.

Inzwischen hat die Regierung weitere Kürzungen bei den Hartz-IV-Empfängern beschlossen: **Ab Januar wird der Regelsatz bis zu einem Drittel gekürzt, wenn Langzeitarbeitslose ins Krankenhaus müssen. Die Begründung: Sie würden ja Kosten für Lebensmittel sparen. Für einen kranken Alleinstehenden bedeutet dies ein Minus von 121,45 Euro im Monat.** Auch für die Selbstständigen, die auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind wird das Leben härter: Sie müssen sich jede geschäftliche Investition, quasi jeden Einkauf einzeln von ihrem Fallmanager genehmigen lassen. Wohl denen, die als Tauben geboren bzw. geschlüpft sind. Es gibt ausreichend Money für 1-€-Job-Träger, die von JobCentern Projekte zur "Taubenpflege" finanziert bekommen.

Siehe Abbildung: "1-€Taubenpfleger" (DoMi)



### @lptraum-Scholzomat: Weltbeste Arbeitsvermittlung?

*"Es darf keine öffentliche Einrichtung geben, die leistungsfähiger ist als die Bundesagentur für Arbeit."*

Der neue Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) in seiner Antrittsrede...

## Drei Jahre @lptraum 2005 - 2008: "Dank an unsere LeserInnen !"

@lptraum dankt allen treuen Lesern für offene, aber auch für versteckte Kritik an unserer ehrenamtlichen Arbeit, freut sich aber auch für Lob-

und Danksagungen. Es beruhigt uns, dass wir trotz kleiner Auflage und trotz Versuche der Behinderung unserer journalistischen Arbeit (dju-Freunde / ver.di-

Bezirksvorstand) Resonanz aus den von uns ins Kreuzfeuer genommenen Institutionen erhalten, dass wir öffentlich wahrgenommen werden. Danke! (Alp)

Unser Beitrag zum **SozialTicket**: Drei Jahre @lptraum 2005 - 2008

## Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !  
**Greift zu eurer spitzen Feder !**  
 Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)  
[alptrraum@radioflora.de](mailto:alptrraum@radioflora.de)



UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

### @lptrraum-Hartz-IV: Keine Kontoauszüge vorgelegt - keine ALG II-Leistungen mehr

**Weigert sich ein Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II), der Arbeitsagentur eine Übersicht über seine Konten, die Kontoauszüge der letzten drei Monate sowie die aktuelle Steuerkarte vorzulegen, so kann sie die weiteren Leistungen einstellen.** Das Bayerische Landessozialgericht (LSG) bestätigte damit die Haltung einer Arbeitsagentur, die feststellen wollte, ob der Arbeitslose das ALG II rechtmäßig beziehungsweise in rechtmäßiger Höhe bezog. Nicht anerkannt wurden die Gegenargumente des Mannes, mit der Forderung werde unter anderem gegen den "Schutz der Sozialdaten" verstoßen,



und es sei auch noch nicht plausibel dargelegt worden, dass die Prüfung "erforderlich" sei; ein konkreter Verdacht auf Leistungsmissbrauch habe nämlich nicht bestanden. Die Bayerischen LSG-Richter: "Grundrechte gelten nicht schrankenlos". Die Prüfung der Konten hätte zum Beispiel den Sinn gehabt herauszufinden, ob der Arbeitslose sein Einkommen in der Zeit vor Eintritt der Arbeitslosigkeit gemindert habe, um "die Voraussetzungen für die Gewährung von ALG II herbeizuführen".

**Bayerisches Landessozialgericht (Az.: L7 AS 190/07)**  
 Infos: [www.lsg.bayern.de](http://www.lsg.bayern.de) (ErSt)

### @lptrraum im Edel-Büro: 15 Prozent Mietminderung wegen Hartz-IV-Besuchern...

**Sind Besucher der JobCenter und Suchtberatungsstellen auffälliger ?** Das Oberlandesgericht Stuttgart (OLG) hat entschieden, dass Qualität und Quantität des Besucherverkehrs von Mitmietern als Mangel im Rahmen eines gewerblichen Mietverhältnisses bewertet werden können, und hat deshalb einem Mieter von exklusiven Büroräumen 15 Prozent Mietminderung zugestanden. Der Grund: Nachdem in dem Bürokomplex zunächst eine Versicherungs-

gruppe, eine Steuerberater- und Wirtschaftsprüfer-Kanzlei und eine Arztpraxis Räume angemietet hatten, kam später die Agentur für Arbeit sowie eine Suchtberatungs- und eine Schuldnerberatungsstelle mit täglich bis zu 500 Besuchern hinzu. Das führte unter anderem dazu, dass die elektronische Zugangskontrolle nicht mehr funktionierte. Wörtlich heißt es in der Entscheidung der Stuttgarter OLG-Richter: "Zwar verkennt der Senat nicht, dass ein erheb-

licher Teil der Besucher dem Durchschnitt der Bevölkerung entspricht. Es können aber auch nicht die Augen davor verschlossen werden, dass sich unter den Besuchern der Hartz-IV-Abteilung, der Suchtberatungsstelle und der Schuldnerberatung ein überdurchschnittlicher Anteil von sozial auffällig gewordenen Personen befindet".

**Oberlandesgericht Stuttgart (Az.: 13 U 51/2006)**  
 Infos: [www.olg-stuttgart.de](http://www.olg-stuttgart.de) (DoMi/ErSt)

### @lptrraum-ARGE: JobCenter muss Arbeitslosen auch geringe Fahrkosten erstatten

**JobCenter müssen Arbeitslosen, die sie zum Beratungstermin vorladen, auch geringe Fahrkosten erstatten.** Bei der Festlegung einer Bagatellgrenze sei zu berücksichtigen, dass Empfänger von Hartz-IV-Leistungen nur sehr wenig Geld zur Verfügung hätten, befand am 06. Dezember 2007 das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel.

**(Az.: B 14/7b AS 50/06 R)**

Mit dem Urteil gaben die höchsten deutschen Sozialrichter der Klage eines Mannes statt, der von der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) der Stadt

Augsburg die Erstattung von 3,52 Euro verlangt hatte. Der Arbeitslosengeld-II-Empfänger war binnen eines Monats zweimal in die Behörde gebeten worden und hatte dafür Reisekosten von jeweils 1,76 Euro geltend gemacht - für Autofahrten von acht Kilometern. Die ARGE wollte dagegen grundsätzlich keine Beträge unter sechs Euro auszahlen. "Diese Grenze ist angemessen", sagte die Vertreterin der Behörde bei der Verhandlung. "Die Erstattung ist ohnehin keine Verpflichtung, sondern eine Kann-

Leistung." Klägeranwalt Daniel Zeeb verwies dagegen auf die geringe Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes von rund 11,50 Euro pro Tag. "Darin sind täglich 3,84 Euro für Lebensmittel vorgesehen." Auch niedrige Fahrkosten müsse sich sein Mandant damit vom Munde absparen. "Das Einsparen von Verwaltungsaufwand darf nicht auf dem Rücken der Betroffenen geschehen", sagte der Rechtsanwalt. Das **BSG Kassel** schloss sich seiner Sichtweise an.

**(Az.: B 14/7b AS 50/06 R)**

Infos: [www.bsg.bund.de](http://www.bsg.bund.de) (DoMi)

**Es geht niemanden etwas an, dass ich nichts zu verbergen habe !**

## Fiese Tricks von Polizei und Justiz ? Prozesse in Hannover !

Der beschuldigte M. wurde, da er den "Deal" nicht mitmachte, trotz fehlender Beweise seiner Täterschaft zu 70 Tagessätzen á 10 € verurteilt. Er hat fristgerecht dem Urteil widersprochen, M. geht in die nächste Instanz, lässt sich kein "Geständnis abpressen".

"Fiese Tricks von Polizei und Justiz" ? Der Prozess zur Klage gegen die Auflage der Polizeidirektion, Lautsprecher erst ab einer Teilnehmerzahl über 50 zuzulassen, fand am 17.12.07 um 9.00 Uhr im Verwaltungsgericht Hannover statt.

Der Vorsitzende Richter, Herr Reccius, belehrte zugleich, dass nur über tatsächliche Geschehnisse, nur über die angefochtene Auflage und nur zu dem angemeldeten Standort Kröpcke Richtung Windmühlenstraße verhandelt würde, er sich einer grundsätzlichen Beurteilung der Auflage zu 50 Personen "entziehen" werde. Der Vertreter der beklagten Polizeidirektion Hannover, Herr Wangemann, freute sich darüber, dass gegen die 50er-Auflage am jetzt aktuellen Standort Georgstraße Ecke Schillerstraße (Schillerdenkmal) bisher keine Klage geführt wurde.

**Dumm gelaufen ? Somit war nur die Klage zum Versammlungs-Standort Kröpcke abermals abgeschmettert.** Mit der Auflage "Ü-50" wird in Hannover weiterhin trickreich das Versammlungsrecht mit strafrechtlichen Konsequenzen beschwert. **Verstöße gegen Auflagen ziehen Straftatbestände nach sich.** Da helfen in Hannover die in anderen Städten bereits juristisch erkämpften Regelungen zum Lautsprechereinsatz nicht weiter. **Eine Rechteabwägung, Nachrang des Emissionsgesetz und Vorrang des Versammlungsrechtes gemäß Artikel 8 GG, wird in Hannover "nach Gutsherrenart" und bereits von der Polizeidirektion strafbewehrt gegen Demonstranten bestimmt.**

Es gibt keine hinreichende Erklärung, welche konkrete Gefahr für Anwohner und Passanten von einem Lautsprecher ausgeht und worin der Unterschied der Gefahrenabwehr, wie die durchgeführte Beschlagnahme der Anlage, bei einem Einsatz mit nur einem, mit 30 oder 50 und mehr Teilnehmern einer Demo besteht. Das Verwaltungsgericht wollte



Polizei-Ärgernis: eine Lautsprecheranlage

diesen Umstand nicht näher erklären. Am 19.12.07 betonte auch der Vorsitzende Amtsrichter Siegfried in der Strafsache gegen die Beschuldigten K. und B., dass er die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes 05.02.07 gar nicht anzweifeln möchte. **Augen zu und durch ?** Die Verteidiger und auch die Beschuldigten wollten den Zusammenhang, den Durchgriff der Polizei gegen diese fragwürdige Auflage zu einer Mindest-Teilnehmerzahl 50 darstellen, zumal bei der Befragung der als Zeugen geladenen Beamten auch recht merkwürdige Aussagen zu der richtigen Zählung von Teilnehmern gemacht wurden: "Nur Menschengruppen, die sich auf der Demo unterhielten", würde er als Teilnehmer erkennen. "Menschen, die mit dem Kopf schüttelten, seien als Gegner der Demo nicht mitzuzählen". Die an der Versammlung interessierten Passanten, selbst wenn diese zum Zuhören verweilten, wurden mit dieser Logik auch nicht mitgezählt. **Nach Vorstellung der scheinbar in Staatsbürgerkunde unzureichend ausgebildeten Beamten seien wohl nur ursprünglich Anwesende, nur die die Versammlung ausrichtenden Menschen zu zählen ?** Mit diesem Demokratie-Verständnis können zukünftige Demos von den Beteiligten demnächst nur noch im Wohnzimmer stattfinden ? Der Wert des Versammlungsrechtes besteht gerade in der Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit frei und lautstark äußern zu können, gerade auf diese Art und Weise und während einer Veranstaltung mehr Menschen anzusprechen, diese zu einer

Teilnahme an der öffentlicher Diskussion mit Mikrofonverstärkung aufzufordern.

**Das Mikrofonverbot behindert genau dieses Recht zur Meinungsfreiheit.**

"Auflagen zu Einschränkungen bei der Genehmigung zu Versammlungen bedrohen die Versammlungsleitung, da die Missachtung strafrechtlich geahndet werden kann", so auch RAin Donath aus Hamburg, die Klagevertretung zu behindernden Versammlungsaufgaben zur Demo gegen das (private) "Panzerdivisons-Biwak" in Hannover führte. "Zu jeder Auflage müsse eine konkrete Beschreibung der damit zu erreichenden Gefahrenabwehr erfolgen". "Alles andere sei bereits in Gesetzen geregelt und müsse nicht in neun- oder mehrseitigen Auflagen immer wieder neu festgeschrieben werden. Das führe nur zu einer Verunsicherung der Anmelder". Zu einer politischen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit werden derzeit nur in der Landeshauptstadt Hannover keine Lautsprecher-Verstärker zugelassen.

"Wir wollen das nicht !", so der O-Ton des die Polizeidirektion vertretenden Justitiar Wangemann bei einem so genannten Kooperationsgespräch am 25.01.07 in der Polizeidirektion.

**Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil AZ.: 1 BvR 1090/06 am 30. April 2007 als Recht erkannt, dass freie Meinungsäußerung und das Recht der Versammlungsfreiheit auch mit Widerstand gegen Vollzugsbeamte verteidigt werden darf. Widerstand gegen Vollzugsbeamte ist zulässig, wenn Polizeihandlungen rechtswidrig sind.**

Am Montag 07.01.08 wird im Amtsgericht Hannover um 09.00 Uhr in Saal 2292 (Altbau 2. Stock) der zweite Teilprozess gegen zwei der vier von der Polizei an der Flaniermeile um das Schillerdenkmal festgesetzter Personen fortgesetzt. Prozessbegleitung / Beobachtung ist dringend geboten, bitte zahlreich zum Termin erscheinen. (HaDe) Da Vorschüsse an die Verteidiger anfallen, wird um Spenden gebeten:

**Solikonto:**

**Wiebke Koepsell**

**Kto.-Nr. 185 164 503**

**Postbank BLZ 370 100 50**

Fazit: **Widerstand ist Pflicht !**

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

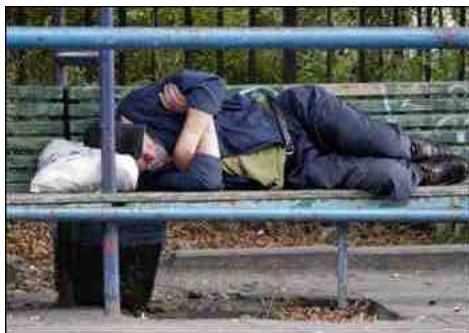
Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussagen Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



**Bundesweiter Warn-Streik gegen "1-Euro-Jobs" am 2. Januar 2008**

## @lptraum-Info im Winter: radio flora sucht Schlafsäcke für Bedürftige

**"Hannover gibt Wärme ab!"** heißt die Schlafsack-Sammelaktion, die nun bereits zum sechsten Mal von Hannovers Regionalsender radio flora organisiert wird. Nach neuesten Informationen leben in Stadt und Region Hannover etwa 4000 (!) Obdachlose - es sind mehr geworden. **"Unerträglich die Vorstellung, dass darunter etwa 150 Kinder und Jugendliche sind. Den Schwächsten der Gesellschaft muss ganz besonders geholfen werden"**, so radio flora Programmleiter Achim Wiese. Aus diesem Grunde startete Hannovers Regionalsender jetzt seit 2002 zum sechsten Mal die erfolgreiche Schlafsack-Sammelaktion. Kurz um: **"Hannover gibt Wärme ab!"** Hörer und Hörerinnen von radio flora sammeln Winterkleidung wie auch Schlafsäcke (bitte daunenfrei !) und



Hannovers Bürgerradio bringt die Spenden zur Anlaufstelle für Wohnungslose, dem Kontaktladen "Mecki" (Raschplatz 8c hinter dem Bahnhof), der die Mittel verteilt. (siehe AsphaltDez.2007)

Wiese: **"Natürlich sind auch Geldspenden willkommen. Von dem Geld werden Schlafsäcke gekauft. Wir zählen auch in diesem Jahr voll auf**

**Hannover."** Im vergangenen Jahr kamen 75 Schlafsäcke, 190 Winterjacken und Anoraks, 30 Decken und 40 große Säcke mit Pullovern und anderen warmen Kleidungsstücken sowie 50 Paar Winterschuhe zusammen. **"Geben Sie ein Stück Wärme ab - im Funkhaus von radio flora. Wir sorgen dafür, dass die Wärme auch wirklich dort ankommt, wo es kalt und unerträglich ist"**, so Programmleiter Wiese weiter. Die Spenden nimmt radio flora werktags in der Zeit von 9 bis 18 Uhr gerne im Funkhaus auf dem Faust-Gelände in Linden-Nord, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover, Telefon 0511/219 79-0 entgegen. Die Sammelaktion läuft solange es kalt ist bis Februar/März. - Alle Infos auch täglich auf UKW 106,5 im Kabel unter 102,15 MHz oder im Internet unter: [www.radioflora.de](http://www.radioflora.de) (ErSt)

## "Außen vor": protec service sorgt für Schutz der Obdachlosen in Hannover

Die protec service GmbH wird künftig im Rahmen des neuen Projekts **Mittendrin statt "Außen vor"** für den Schutz der Obdachlosen in Hannover sorgen. Schirmherr des Projekts ist die üstra. Worum es dabei geht, erläuterten protec-Geschäftsführer Dietmar Götze und üstra-Vorstandsmitglied Wilhelm Lindenberg Anfang Dezember im Gehry Tower: Ein sicherer Schlafplatz ist das, was Obdachlosen heute am meisten fehlt. Immer wieder werden sie nachts von gewaltbereiten Jugendlichen attackiert. Seit der Nacht auf den 6. Dez. 2007 sorgt die protec service GmbH im Rahmen des Projekts **"Außen vor"** für den Schutz der Obdachlosen in Hannover. "Als privates Unternehmen, das für Sicherheit im öffentlichen Raum sorgt, kommen wir täglich mit den so genannten Randgruppen in Kontakt. Leider müssen wir ihnen meist den Aufenthalt in U-Bahnstationen oder öffentlichen Einkaufsflächen verwehren. Mit dem Projekt "Außen vor" wollen wir (unter-

stützt vom Asphalt-Straßenmagazin und dem Mecki-Kontaktladen) zeigen, dass unser Dienst damit nicht endet und wir unserer sozialer Verantwortung gerecht werden.", erläuterte Dietmar Götze, Geschäftsführer der protec service GmbH die Intention hinter diesem Projekt.

Die Aktion startete zwar in der Vorweihnachtszeit, ist aber langfristig angelegt und besteht aus zwei Phasen: Im ersten Schritt stärkt die protec durch regelmäßige nächtliche Streifen das Sicherheitsgefühl der Obdachlosen in den Bereichen Pavillion/Weiße Kreuzplatz, Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB) und City. Die bestehenden Routen der Streifen werden dafür um diese Bereiche erweitert. Zwischen 21 und 6 Uhr patrouillieren die Zweierteams damit künftig acht bis zwölf Mal pro Nacht an den Schwerpunkten. Im zweiten Schritt will die protec die Bevölkerung auf die Situation der Obdachlosen aufmerksam machen. "Wir wollen die Menschen dazu bewegen, auf das Schicksal sozialer

Randgruppen zu schauen und für sie Verantwortung zu übernehmen. Nur so kann den Obdachlosen Wertschätzung vermittelt und ihnen signalisiert werden "Ihr seid nicht außen vor, sondern mittendrin" so Götze. Die üstra als Muttergesellschaft der protec und Kunde ihrer Sicherheitsdienstleistungen ist Schirmherr des Projekts: "Seit Jahren dürfen Obdachlose in den Wintermonaten bereits in der U-Bahnstation Kröpcke nächtigen. Wir können dort aber nicht unbegrenzt Personen aufnehmen. Darum unterstützen wir die Initiative der protec unter freiem Himmel auf die Wohnungslosen zu achten", erklärte Wilhelm Lindenberg, Vorstandsmitglied der üstra, seine Motivation.

Das hohe Niveau der Sicherheit und Sauberkeit in den U-Bahnstationen der üstra bleibt weiter gewährleistet. \*) Infos: [www.protec-service.de](http://www.protec-service.de) oder [www.uestra.de](http://www.uestra.de) (ErSt)

\*) **Schönreden der geplanten Rauschmisse der Obdachlosen ?** (HaDe)

## @lptraum-Krimi-Tipp im Winter: "EISTOD" von Michael J. Theurillat

Nach dem Bestseller "Im Sommer sterben" ein neuer Zürich-Krimi mit Kommissar Eschenbach. Eine Reihe toter Obdachloser, ein verschwundener Assistent und ein Professor unter Mordverdacht. In seinem zweiten Fall gerät Kommissar Eschenbach in einen Sumpf aus Intrigen und tödlichem Ehrgeiz. Wem kann er selbst in höchsten Polizei- und Politikerkreisen noch trauen? In diesem eisigen Winter wundert sich zunächst niemand, als in Zürich immer mehr Obdachlose erfroren aufgefunden werden.

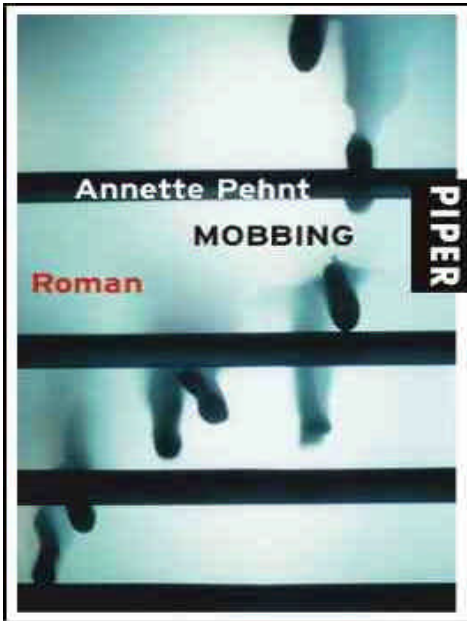
Doch dann entdeckt ein Gerichtsmediziner bei den Toten Reste eines rätselhaften Giftes. Die Ermittlungen führen Kommissar Eschenbach an das Biochemische Institut zu Professor Winter, der als Anwärter auf den Nobelpreis gilt. Hat sein alter Schulfreund tatsächlich etwas mit den Toten zu tun? Eschenbach werden Hinweise zugespielt, dass Winter womöglich biochemische Substanzen zur Folterung islamischer Terroristen entwickelt hat. Und wo steckt Winters Assistent, der plötzlich wie vom

Erdbecken verschluckt ist? Je weiter Eschenbach mit seinen Nachforschungen in die besseren Kreise vordringt, desto tiefer gerät er in einen Sumpf aus Intrigen, Lügen und Korruption.

Nach dem Debüterfolg "Im Sommer sterben" der zweite atemberaubende Kriminalroman des Schweizer Autors Michael J. Theurillat. Claassen 02.2007, ISBN-10: 3-546-004205320-5, ISBN-13: 9783546004206, 320 Seiten, 19,95 € - Infos: [www.claassen-verlag.de](http://www.claassen-verlag.de) (ErSt)

**"Warum ist am Ende vom ALG II noch immer so viel Monat übrig ?"**

## @Iptraum-Buchtipps im Januar 2008: Schleichendes Gift: **MOBBING** von Annette Pehnt



Seit die Stadtverwaltung eine neue Chefin hat, geht es mit Jo beruflich bergab. Projekte werden ihm entzogen. Kollegen wenden sich ab, und dann kommt die Kündigung - fristlos. Er gibt sich kämpferisch; seine Frau, daheim mit zwei kleinen Kindern, unterstützt ihn zunächst rückhaltlos. Doch die Demütigungen des Ehemannes im Büro wirken zu Hause wie schleichendes Gift fort. Immer kritischer blickt die ICH-Erzählerin auf Jo, zweifelt, nimmt bloß noch seine Sturheit wahr, bis beide sich immer weiter voneinander entfernen. Unsicherheit, Misstrauen, Rechthaberei und Zukunftsangst bilden eine ungute Melange, die auch Freunde auf Abstand hält. Die Autorin widmet sich mit Empathie und feinem Blick einem Thema, das keinen kalt lässt. Auf nur 176 Seiten schildert Annette Pehnt (*"Insel 34"* und

*"Haus der Schildkröten"*) in ihrem neuen Gegenwartsroman mit viel Feingefühl die fatalen Auswirkungen des Mobbing auf die Menschen und deren Familien. Wenn das Schlimmste passiert ist, muss man sich endlich nicht mehr davor fürchten, sagte Joachim. Er warf den Briefumschlag auf den Küchentisch. Und mit einem merkwürdigen Ausdruck der Erleichterung fügte er hinzu, sie haben es geschafft. Was sie gegen ihn vorbrachten, war gelogen. Aber Feinde, Gespenster, Verschwörungen gehörten seit Jahren zu unserem Leben. Jetzt musste er wenigstens nicht mehr über die Arbeit reden, jetzt hatte er keine Arbeit mehr. Was aber würde aus ihm werden, was aus uns? Piper Verlag 2007, 176 Seiten, ISBN: 978-3-492050708, 16,90 Euro. Infos: [www.piper-verlag.de](http://www.piper-verlag.de) (ErSt)

## @Iptraum-Lesetipp: **Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung [Nds. SOG]**

Das seit dem 1. Januar 2004 wieder mit dem ursprünglichen Namen **"Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" [Nds. SOG]** bezeichnete Polizeirecht in Niedersachsen beinhaltet die maßgeblichen rechtlichen Grundlagen präventiv-polizeilichen Handelns in Niedersachsen.

Dieses wichtigste juristische Handwerkszeug für die Gefahrenabwehr muss jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte handlungssicher beherrschen, da die polizeilichen Befugnisse in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen und nur unter den gesetzlich vorgegebenen Voraussetzungen rechtlich zulässig sind. Nachdem das materielle Polizeirecht mit dem Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung von Ende 2003 bereits eine Reihe von Änderungen erfahren hatte, hat der Landesgesetzgeber mit dem "Gesetz zur Umorganisation der Polizei und zur Änderung dienst- und personalrechtlicher Bestimmungen" vom 16. Sept. 2004 die Konsequenzen aus der Verwaltungsmodernisierung und der damit verbundenen Auflösung der Bezirksregierungen gezogen und die Polizei in Niedersachsen strukturell neu organisiert. Ausweislich der Gesetzesbegründung soll die Neuorganisation der Polizei u. a. durch die Stärkung der Funktionalität und Eigenständigkeit der Poli-

zei eine effektive und effiziente Aufgabenwahrnehmung der Polizei sichern. Die zunächst grundlegenden gesetzlichen Regelungen im Nds. SOG wurden in den nachfolgenden Monaten durch detaillierte Organisationserlasse des Ministeriums für Inneres und Sport für die einzelnen Polizeibehörden ergänzt. In der 8. Auflage des bewährten Ausbildungs- und Praxishandbuchs wird die aktuelle neue Struktur der Polizeiorganisation in Niedersachsen mit nunmehr insgesamt acht Polizeibehörden - den sechs regionalen Polizeidirektionen, der Polizeibehörde für zentrale Aufgaben (Zentrale Polizeidirektion) und dem Landeskriminalamt (LKA) - dargestellt und kommentiert sowie durch die neuesten Organisationserlasse des Ministeriums für Inneres und Sport anschaulich verdeutlicht. Vorgestellt wird ebenso die wegen der Auflösung der Bezirksregierungen gleichfalls erforderliche neue Gestaltung des Bereichs der Gefahrenabwehr (ehemals NGefAG). Wie schon bislang wird in die Erläuterungen die aktuelle Rechtsprechung, u. a. des BVerfG zur präventiven Telekommunikationsüberwachung (§§ 33a verfassungswidrig !!), einbezogen. Ergänzt wird die Darstellung der gesetzlichen Bestimmungen durch einige für die polizeiliche Praxis wichtige Verordnungen. Dieses Handbuch, dessen Autoren das Gesetzeswerk als Polizeirechtsreferenten



stets eng begleitet haben, stellt damit einen unverzichtbaren Ratgeber für die Ausbildung und Praxis der Polizei in Niedersachsen dar. (ErSt) Pinkvoss Verlag Hannover 2005 Böhrenz / Unger / Siefken: **Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung [Nds. SOG]**, ISBN: 978-3-932086-07-4, 436 S. 28 € [www.pinkvoss-verlag.de](http://www.pinkvoss-verlag.de) Weitere Infos: *"Schule und Recht in Niedersachsen"*: <http://www.schule.de/2101110/ndssog.htm>

# @l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Januar - 2008

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 4, Ausgabe 1

## +++ lokal und aktuell +++

### Mitstreiter findet ihr hier:



**Montags - Demo - Hannover**  
Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr  
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung  
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal  
**"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"**

**[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle**  
Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover  
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche  
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr  
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

**IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"**  
Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr  
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

**ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover**  
Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr  
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C  
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)  
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser  
E-Mail: [Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de](mailto:Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de)

**erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus**  
Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,  
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348  
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"  
E-Mail: [wulf.huehn@querkunst-hannover.de](mailto:wulf.huehn@querkunst-hannover.de)

**Arbeitskreis Arbeitslose Linden**  
Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr  
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)  
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover  
E-Mail: [info@arbeitslosenkreis-linden.de](mailto:info@arbeitslosenkreis-linden.de)

**... und im Anschluss in's "Café Net(t)"**  
Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)

**offener Abend bürgerinitiative gartenhaus**  
Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,  
30167 Hannover-Nordstadt,

**Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"**  
E-Mail: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

*Jetzt reicht's!* **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!** *Jetzt reicht's!*  
[www.gegen-sozialabbau.de](http://www.gegen-sozialabbau.de) [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)



@lptraum: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

### @lptraum-Termine im Januar 2008:

**Dienstag, 1. Januar 2008, "Prost Neujahr !"**  
**3 Jahre Hartz IV:** Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete um 9,4 Prozent auf 7668,- € in zwei Anhebungen 2008 + 2009 !

**Dienstag, 1. Januar 2008, 10.00 bis 18.00 Uhr:**  
Das neue Madsack-Medienzentrum (Eintritt frei bis 6. Jan.)  
Doppelausstellung "AB + AN" und "prima idea" im neuen  
Mendini-Gebäude, Lange Laube 8 + 10, 30159 Hannover

**Damals vor 3 Jahren, ... anno 1. Januar 2005:**  
Die Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" gibt die Erstausgabe  
der kostenlosen Hannoverschen Zeitung gegen Sozialabbau  
@lptraum im Selbstverlag heraus. - Infos: [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)  
**Prost Neujahr:** "3 Jahre Hartz IV - Schröder wir danken Dir !"

**Mittwoch, 2. Januar 2008, 1-Euro-Job-Warn-Streik**  
1. Bundesweiter Solidaritäts- und Warn-Streik so genannter  
1-Euro-Job-Maßnahmen (MAEs) Infos: [www.hartzboykott.de](http://www.hartzboykott.de)

**Donnerstag, 3. Januar 2008, "1-Euro-Job-@gentur"**  
Seit über 12 Jahren: traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag  
Verkündung der mtl. @rbeitslosenzahlen für **Dezember 2007**  
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

**Samstag, 5. Januar 2008, 1100 Tage Hartz IV...**  
Senkung der Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,3 Prozent.  
Bericht zur Ermittlung des Existenzminimums erst Ende 2008:  
Vorgesehene Kindergelderhöhung wird auf 2009 verschoben...

**7. - 11.01.2008, 8.00 - 18.00 Uhr: Zug der Erinnerung**  
Seit November fährt ein "Zug der Erinnerung" durch Deutschland.  
Seine Fahrt erinnert an den letzten Weg jüdischer Kinder, die  
während der NS-Zeit mit Reichbahn-Waggons in Vernichtungslager  
gebracht worden sind. - Infos: [www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu)

**Damals vor 101 Jahren, ...anno 14. Januar 1907:**  
In der Berliner Holzindustrie werden wegen Tarifstreitigkeiten mehr  
als 10.000 Arbeiter ausgesperrt. - Der Ausstand greift auf andere  
Industriezweige und Städte Preußens über und dauert 4 Monate...

**Dienstag, 15. Januar 2008, 10.00 bis 12.00 Uhr:**  
Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherung (jeden Dienstag)  
**Malteser Migranten Medizin**, Tel.: 0511/169-5430, Fax: 169-5432  
Humboldtstraße 18 (gegenüber Friederikenstift) 30169 Hannover

**Sonntag, 27. Januar 2008, 8.00 bis 18.00 Uhr: X**  
**Die Qual der Wahl:** Landtagswahlen in Niedersachsen + Hessen  
**Nach der Wahl ist vor der Wahl:** [www.landtag-niedersachsen.de](http://www.landtag-niedersachsen.de)

**Donnerstag, 31. Januar 2008, "1-Euro-Job-@gentur"**  
Seit über 12 Jahren: traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag  
Verkündung der monatl. @rbeitslosenzahlen für **Januar 2008**  
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern  
monatlich 4,63 € für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung !  
Der "Mobilitätsanteil" beträgt 14,06 € für BG-Vorstände.**



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.  
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4  
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben